

PSD Bank Nord eG

GESCHÄFTSBERICHT 2019

148. Geschäftsjahr



INHALT

JAHRESABSCHLUSS	SEITE 4
BESTÄTIGUNGSVERMERK	SEITE 15
LAGEBERICHT	SEITE 19

„Was dem Einzelnen nicht möglich ist,
das vermögen viele.“ Friedrich Wilhelm Raiffeisen

Bericht des Vorstands

Gemeinschaftlich für unsere Region!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der ursprüngliche Gedanke unseres Gründers, des Generalpostmeisters Heinrich von Stephan, war es, Postmitarbeitern, die in finanziellen Schwierigkeiten gerieten, aus ihrer Not zu helfen. So entstanden 1872 die Spar- und Vorschussvereine. Sie sammelten und verzinsten die Ersparnisse der Mitglieder und vergaben günstige Kredite, die damals Vorschüsse genannt wurden. Aus dem Selbsthilfeverein wurde mittlerweile eine moderne Bank. Unser ursprüngliches Unternehmensziel haben wir aber nie aus den Augen verloren und stehen als genossenschaftliche Privatkundenbank bis heute zu unseren gemeinnützigen Werten. Die PSD Bank Nord versteht sich als Bank der gesellschaftlichen Mitte und legt die Leistungsschwerpunkte auf die Finanzierung von privatem Wohnraum und die Vermögensbildung.

Mit einem kundenorientierten Produkt- und Serviceangebot in den Bedarfsebenen Wohnen, Liquidität und Service, Sparen und Anlegen sowie Versichern und Vorsorgen leistet die Bank einen wichtigen Beitrag zu einer guten finanziellen Situation ihrer Mitglieder und Kunden. Wir möchten gemeinsam mit unseren Kunden, die zum Großteil Arbeitnehmer aus den urbanen Regionen Norddeutschlands sind, die nachhaltig beste Lösung finden. Hierzu bieten wir ihnen einen „direkten Draht“ über unterschiedliche Kanäle und Medien an. Mit unserem Online-Banking, den Banking-Apps und vielen weiteren Innovationen, mit denen wir das Leben unserer Kunden erleichtern, sind wir hierbei zukunftssicher aufgestellt. Dass uns unabhängige Tester regelmäßig hohe Qualität in der persönlichen Beratung sowie im Online-Banking bescheinigen, ehrt uns. Noch mehr aber freut uns die nachweislich hohe Zufriedenheit unserer Kunden. 65.001 Mitglieder sind ein Beleg dafür, dass unser solides und sicheres Genossenschaftsmodell nach wie vor sehr beliebt ist.

Die Zufriedenheit unserer Kunden und Mitglieder ist insbesondere vor dem Hintergrund der herausfordernden Rahmenbedingungen die Hauptantriebsfeder unseres Handelns. Da sein für Sie! Dies gilt in Zeiten von Corona umso mehr.



Vorstandsmitglied Michael Briem-Chinnow (l.) und Vorstandsvorsitzender André Thaller (r.)

Die PSD Bank Nord setzt Wachstumspfad fort

Trotz der anhaltend herausfordernden Umfeldbedingungen können die PSD Bank Nord eG und ihre Mitglieder auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Das Kerngeschäftsfeld Wohnen war hierbei ein wichtiger Baustein.

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr 2019 ein Baufinanzierungsvolumen in Höhe von 273 Mio. Euro finanziert bzw. vermittelt und somit 2.288 Familien ein neues Zuhause ermöglicht.

Über unsere strategische Beteiligung DeinNeuesZuhause.de sorgen wir zudem im Geschäftsfeld

Wohnen mit innovativen Lösungen für Entlastung unserer Kunden.

Wir danken unseren Mitgliedern, Kunden und Geschäftspartnern für das entgegengebrachte Vertrauen.

Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir für ihren motivierten Einsatz in einem anspruchsvollen und arbeitsintensiven Jahr.

Dem Aufsichtsrat danken wir für die stets gute und konstruktive Zusammenarbeit.

André Thaller

Hamburg, im Mai 2020
Der Vorstand

Michael Briem-Chinnow

JAHRESABSCHLUSS 2019

PSD Bank Nord eG, Hamburg | Jahresabschluss der Kreditinstitute in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft
Bestandteile Jahresabschluss | 1. Jahresbilanz (Formblatt 1), 2. Gewinn- und Verlustrechnung (Formblatt 3 – Staffelform), 3. Anhang

1. Jahresbilanz zum 31.12.2019

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				-	
a) Kassenbestand			1.380.103,16		972
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank			-		(-)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	1.380.103,16	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar			-		(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			49.078.520,30		66.933
b) andere Forderungen			7.300.000,00	56.378.520,30	11.105
4. Forderungen an Kunden				1.540.217.323,14	1.499.993
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.053.587.964,48				(1.021.196)
Kommunalkredite			-		(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			-		(-)
ab) von anderen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			-		(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		39.461.189,84			39.402
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	35.239.861,08				(35.197)
bb) von anderen Emittenten		14.369.184,95	53.830.374,79		19.380
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	14.369.184,95				(17.364)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	53.830.374,79	-
Nennbetrag			-		(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				418.678.973,70	392.638
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			7.649.620,61		7.650
darunter: an Kreditinstituten	478.816,82				(479)
an Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			36.050,00	7.685.670,61	36
darunter: bei Kreditgenossenschaften			-		(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				835.000,00	35
darunter: an Kreditinstituten			-		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	835.000,00				(35)
9. Treuhandvermögen					
darunter: Treuhandkredite			-		(-)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			219.057,42		250
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	219.057,42	-
12. Sachanlagen				12.849.453,69	12.890
13. Sonstige Vermögensgegenstände				1.596.102,19	638
14. Rechnungsabgrenzungsposten				390.683,48	477
15. Aktive latente Steuern					-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung					-
17.					-
Summe der Aktiva				2.094.061.262,48	2.052.399

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			30.535,05		112
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			454.978.614,29	455.009.149,34	433.661
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	843.216.632,75				861.426
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	10.740.112,12	853.956.744,87			11.903
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	461.560.317,43				421.071
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	62.645.285,50	524.205.602,93	1.378.162.347,80		69.993
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-		-
darunter: Geldmarktpapiere			-		(-)
eigene Akzepte und					
Solawechsel im Umlauf			-		(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten					
darunter: Treuhandkredite			-		(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				1.861.612,95	1.573
6. Rechnungsabgrenzungsposten				169.408,17	1
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			11.655.498,30		10.493
b) Steuerrückstellungen					1.295
c) andere Rückstellungen			2.580.854,40	14.236.352,70	3.158
8.					
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				33.589.607,76	33.496
10. Genussrechtskapital					
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig			-		(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				83.510.587,44	78.163
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB			-		(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			36.039.779,76		36.627
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	12.328.000,00				11.928
cb) andere Ergebnisrücklagen	76.367.767,33				74.768
cc)			-	88.695.767,33	-
d) Bilanzgewinn			2.786.649,23	127.522.196,32	2.731
Summe der Passiva				2.094.061.262,48	2.052.399
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			81.049,61		90
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	81.049,61	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			86.139.926,45	86.139.926,45	100.743
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften			-		(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2019

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		38.366.423,05			40.606
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		1.149.039,07	39.515.462,12		1.429
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	123.143,22				(65)
2. Zinsaufwendungen			-11.158.730,03	28.356.732,09	-13.165
darunter: aus Aufzinsung von Rückstellungen	-52.789,00				(-31)
darunter: erhaltene negative Zinsen	64.831,95				(6)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			6.219.573,10		6.318
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			226.485,23		213
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	6.446.058,33	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			3.369.911,10		3.345
6. Provisionsaufwendungen			-3.677.371,31	-307.460,21	-3.283
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				535.338,47	582
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		804,79			(-)
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-8.753.047,67			-8.714
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-2.603.809,81	-11.356.857,48		-2.276
darunter: für Altersversorgung	-964.415,58				(-674)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-10.598.596,37	-21.955.453,85	-10.939
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-773.290,34	-717
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-1.526.740,16	-1.200
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-1.017.536,22			(-897)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				-	-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			1.223.973,93	1.223.973,93	375
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				-	-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				-883.994,60	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				11.115.163,66	12.574
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-	-
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-2.871.263,11		-4.748
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-109.699,30	-2.980.962,41	-43
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-5.347.552,02	-5.052
25. Jahresüberschuss				2.786.649,23	2.731
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				2.786.649,23	2.731
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage				-	-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen				-	-
				2.786.649,23	2.731
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage				-	-
b) in andere Ergebnisrücklagen				-	-
				2.786.649,23	2.731
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				2.786.649,23	2.731

3. ANHANG

A. Allgemeine Angaben

Die PSD Bank Nord eG, Hamburg, ist beim Amtsgericht Hamburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer GnR 1003 eingetragen. Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Forderungen

Forderungen wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem Nennwert ausgewiesen. Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungsbetrag und Nennwert wurden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert, zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird über die Laufzeit aufgelöst.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und unversteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Die Ermittlung der unversteuerten Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges und den Versorgungsbedarf aus der künftigen anstehenden Änderung der handelsrechtlichen Berechnungslogik der Pauschalwertberichtigungen haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB gebildet.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bewertet.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungs- und Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientieren.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto Einzelwert von EUR 250 wurden als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst.

Wirtschaftsgüter i. S. v. § 6 Abs. 2a EStG werden im Jahr der Anschaffung in einem Sammelposten erfasst. Der Sammelposten wird über fünf Jahre linear aufgelöst.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Die sich daraus ergebenden Steuerbelastungen (passive latente Steuern) und Steuerentlastungen (aktive latente Steuern) haben wir verrechnet. Passive Steuerlatenzen bestehen nur in sehr geringem Umfang, denen aktive Steuerlatenzen hauptsächlich aus dem Bereich Rückstellungen gegenüberstehen. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Zins hinaus gehende Vorteile für Einlagen, wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen. Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Anwartschaften auf Pensionen werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren (PUCM) angesetzt. Als Rententrend wurden 2,0 % bzw. 3,0 % angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 2,71 % (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Dezember 2019 ermittelten Zinssatzes). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (1,96 %) ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 1.012.351 EUR. Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen in Höhe von 1,3 Mio EUR verrechnet. Teile der Pensionsanwartschaften wurden auf eine Versicherungsgesellschaft übertragen. Bei der Bank verbleibt darüber hinaus die Subsidiärhaftung. Für nicht durch Deckungskapital gedeckte Leistungsverpflichtungen bestehen Rückstellungen in erforderlicher Höhe. In Verbindung mit der Auslagerung von Pensionsrückstellungen auf einen Pensionsfonds ergab sich aufgrund der Vermögensentwicklung des Pensionsfonds eine Unterdeckung in Höhe von 468 TEUR, die den Rückstellungen zugeführt wurde. Der Unterschiedsbetrag zwischen der Abzinsung mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre im Vergleich zu zehn Jahren beträgt 52.937 EUR. Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv/Passivsteuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2019 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme endet. Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2019 in Höhe von 86.139.926,45 EUR betreffen 82.946.439,95 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt. Im Rahmen des Risikomanagementprozesses wird vor dem verbindlichen Eingehen sowie während der Laufzeit einer Verpflichtung das Risiko aus der Inanspruchnahme für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen eingeschätzt. Dabei ist im Wesentlichen die Bonität des Auftraggebers bzw. Kreditnehmers ausschlaggebend. Im Falle der Verschlechterung der Bonität, die den Ausgleich der Inanspruchnahme ganz oder teilweise nicht mehr erwarten lässt, werden Rückstellungen gebildet.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. Aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/Herstellungskosten 01.01. EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen (+/-) EUR	a) Abgänge b) Zuschüsse EUR	Anschaffungs-/Herstellungskosten am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte Vorjahr EUR
Immaterielle Anlagewerte	417.898	62.816	-	a) - b) -	480.714	219.057	249.821
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	15.330.827	-	-	a) - b) -	15.330.827	11.226.344	11.545.924
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.519.940	808.246	-269.346	a) 88.626 b) -	6.970.214	1.623.110	1.343.606
a	22.268.665	871.062	-269.346	a) 88.626 b) -	22.781.755	13.068.511	13.139.351

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01. EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-) EUR	Abschreibungen Geschäftsjahr EUR	Zuschreibungen Geschäftsjahr EUR	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag EUR
Immaterielle Anlagewerte	168.077	-	-	-	93.580	-	261.657
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	3.784.903	-	-	-	319.580	-	4.104.483
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.176.334	-	88.626	-100.734	360.130	-	5.347.104
a	9.129.314	-	88.626	-100.734	773.290	-	9.713.244

	Anschaffungskosten EUR	Veränderungen (saldiert) EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	107.675.027	77.978.069	185.653.096
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	7.685.671	-	7.685.671
Anteile an verbundenen Unternehmen	35.000	800.000	835.000
b	115.395.698	78.778.069	194.173.767
Summe a und b	137.664.363		207.242.278

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind **56.365.602 EUR** Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Forderungen an Kunden (A3b) (ohne Bausparguthaben)	7.300.000	-	-	-
Forderungen an Kunden (A4)	18.257.420	54.411.398	271.930.024	1.184.429.256

In den Forderungen an Kunden sind 11.189.255 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 3.697.875 EUR fällig.
- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A3)	10.514	11.664

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 %:

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja/Nein
Renditeerwartung	232.237.758	246.276.877	14.039.119	3.350.851	Ja
Renditeerwartung	87.959.876	90.775.087	2.815.220	413.075	Nein
Renditeerwartung	75.004.266	77.249.877	2.245.611	1.644.556	Nein

Auf die im Anlagevermögen ausgewiesenen Private Equity Investmentfondsanteile wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB vorgenommen. Ferner wurden diese Anteile zum Jahresende zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegen- den Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
PSD Nord Management- und Service-Holding GmbH, Hamburg	100,00	2019	834.180	2019	-95

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

- Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegen- den Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
TAG Colonia-Immobilien AG, Köln	5,07	2018	248.508.614	2018	-11.250.748

Weitere Beteiligungen wurden aufgrund der untergeordneten Bedeutung gem. § 286 Abs. 3 HGB nicht angegeben.

- In den folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig EUR	börsennotiert EUR	nicht börsennotiert EUR	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	53.830.375	49.609.046	4.221.329	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	16.799.553	1.498.130	15.301.423	-

- In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	11.226.344
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.623.110

- Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentlichen Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Erstattungsansprüche für Kreditvermittlungs- und Wertpapierprovisionen	540.809
Steuererstattungsansprüche für Körperschaftsteuer, Soli zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer	930.709

- Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind 231.225 EUR Disagioträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten (Vorjahr: 252.574 EUR) enthalten.
- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 314.815.396 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	1.769.409	21.550.189	197.745.027	233.913.989
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	4.866.168	3.278.541	2.592.603	2.800
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	1.915.077	28.089.875	7.594.300	25.046.033

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentlichen Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Verbindlichkeiten aus unbezahlten Rechnungen und betrieblicher Altersvorsorge	1.405.694

- Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagioträge, die bei der Ausreicherung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 718 EUR (Vorjahr: 1.315 EUR) enthalten.

- Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:

Die Bank hat im Geschäftsjahr nachrangige Verbindlichkeiten mit einem Nominalwert von 33.589.607,76 EUR im Bestand. Dafür fielen Zinsaufwendungen in Höhe von 1.012.361 EUR an. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten gelten die folgenden Bedingungen: Die Laufzeit beträgt 10 Jahre. Die Verzinsung beträgt zwischen 1,50 % und 3,75 %. Die Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten überschreiten, belaufen sich auf nominal 14 Mio. EUR. Die Verzinsung beträgt für 4 Mio. EUR 3,72 % (Fälligkeit Februar 2023) und für 5 Mio. EUR 3,75 % (Fälligkeit März 2023) sowie für 5 Mio. EUR 3,72 % bzw. 2,05 % (Fälligkeit März 2023: 3 Mio. EUR zu 3,72 % bzw. März 2026: 2 Mio. EUR zu 2,05 %). Eine vorzeitige Rückzahlung ist ausgeschlossen.

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich. Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeit getroffenen Nachrangabreden entsprechen den Vorschriften des Art. 63 CRR.

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	30.535	111.763

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	232.035	-

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	35.147.539
b) der ausscheidenden Mitglieder	825.470
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	66.770
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	4.801

- Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR
Stand 1. Januar 2019	11.928.000	74.767.767
Einstellungen		
aus Bilanzgewinn des Vorjahres	400.000	1.600.000
Stand 31. Dezember 2019	12.328.000	76.367.767

- Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

Gesetzliche Rücklage	467.500,00
Andere Ergebnismrücklagen	1.600.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	719.149,23
Insgesamt	2.786.649,23

Der aus der Neuregelung zur Bewertung von Altersversorgungsverbindlichkeiten nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgespernte Betrag liegt bei 1.065.288 EUR.

- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (exklusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbestand), zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Die Adressenausfallrisiken sind als ungewichtete Kreditrisikoäquivalente entsprechend den aufsichtrechtlichen Eigenkapitalvorschriften angegeben.

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	< = 1 Jahr	> 1 – 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins Swaps (gleiche Währung)	20,0	55,0	80,0	155,0	-11,2	1,5

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung eingesetzt.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Im Zinsergebnis sind 123.143 EUR negative Zinsen für Guthaben bei der DZ BANK AG enthalten. Positive Zinsen aus Kundeneinlagen in unserem Haus haben wir nicht generiert. Die positiven Zinsen aus Refinanzierungen in unserem Haus belaufen sich auf 64.832 EUR.

- Die für das Geschäftsjahr ermittelten Auf- und Abzinsungseffekte für Zinsrückstellungen aus Zinsprodukten wurden unter den Zinserträgen und den Zinsaufwendungen erfasst. Dadurch hat sich der Zinsüberschuss per Saldo um 52.789 EUR (Vorjahr 30.735 EUR) vermindert.
- Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden erbracht:
 - an uns vermittelte Geschäfte, im Wesentlichen Baufinanzierungen, erforderten einen Provisionsaufwand von 2.865.643 EUR.
- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:
 - Zinsaufwand: in Höhe von 1.627.910 EUR für vorzeitige Auflösung von Swaps.

Sonstige betriebliche Aufwendungen	EUR
Abzinsungsaufwand für betriebliche Altersversorgung	1.008.674

E. Sonstige Angaben

- Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen 80.458 EUR. Die Bezüge der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene betragen 142.353 EUR.
- Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2019 Pensionsrückstellungen in Höhe von 3.405.881 EUR.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	381.527
Mitglieder des Aufsichtsrats	238.684

- Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 4.252.044 EUR. Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

- Die Zahl der im Jahr 2019 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	111,25	53,75

Außerdem wurden durchschnittlich 7,00 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2019	67.330	355.340	-
Zugang 2019	125	1.182	-
Abgang 2019	2.454	9.219	-
Ende 2019	65.001	347.303	-

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	742.328
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	-
Höhe des Geschäftsanteils: EUR 110	Höhe der Haftsumme
	Max. je Mitglied

■ **Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht) wie folgt eingetreten:**

Der Ausbruch des Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus) und seine unkontrollierte Ausbreitung lassen nachhaltige Belastungen auch für wirtschaftliche Entwicklung unserer Bank erwarten. In welchem Umfang sich die Auswirkungen explizit auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Bank niederschlagen werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen. Durch die Auswirkungen auf die Finanzmärkte und die wirtschaftlichen Auswirkungen in unserem Geschäftsgebiet infolge von Kurzarbeit und Produktionseinschränkungen können sich erhebliche Auswirkungen auf unsere Ertragslage bedingt durch Absatzrückgang, Kreditausfälle und Wertpapierabschreibungen ergeben. Die weitere Entwicklung ist aktuell noch ungewiss und muss intensiv beobachtet werden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit lässt sich bereits jetzt festhalten, dass die negativen Folgen für die Bank umso stärker sind, je länger die Pandemie anhält.

■ **Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:**

Verband der PSD Banken e.V.
Dreizehnmorgenweg 36
53175 Bonn

■ **Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:**

Gesetzlicher Vertreter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Michael Briem-Chinnow	Aufsichtsrat	TAG Colonia Immobilien AG

■ **Mitglieder des Vorstands:**

André Thaller, Vorsitzender	hauptamtlicher Geschäftsleiter
Michael Briem-Chinnow, Vorstandsmitglied	hauptamtlicher Geschäftsleiter

■ **Mitglieder des Aufsichtsrats:**

Jürgen Sauer Vorsitzender Ruheständler	Petra Bartholomäus stellvertretende Vorsitzende Ruheständlerin	Jens Amthor stellvertretender Vorsitzender Ruheständler
Marion Born Abteilungsleiterin ver.di Finanzbereich	Boy Meinert Boysen Angestellter PSD Bank Nord eG	Ina Buyny Betriebsrätin Deutsche Telekom AG
Gerhard Kresse Pensionär	Reinhard Kuschewitz Betriebsrat Deutsche Post AG	Jürgen Rohoff Betriebsrat Deutsche Post AG
Gertlinde Schönwald Ruheständlerin	Peter Schnaars Ruheständler	Jens Schnare Betriebsrat Deutsche Telekom Technik GmbH

Hamburg, 20. April 2020

PSD Bank Nord eG
Der Vorstand



André Thaller



Michael Briem-Chinnow

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die PSD Bank Nord eG, Hamburg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der PSD Bank Nord eG (im Folgenden „Genossenschaft“) - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

Bewertung Kundenforderungen

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, umfassen einen Betrag in Höhe von TEUR 1.540.217. Dies entspricht 73,6 % der Bilanzsumme.

Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung von der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der jeweiligen Kreditnehmer sowie von der Bewertung der Kreditsicherheiten abhängig ist. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss von entscheidender Bedeutung für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Wir haben zunächst beurteilt, ob die Systeme bzw. Prozesse der Bank derart ausgestaltet sind, dass akute Risiken mit hinreichender Sicherheit rechtzeitig erkannt werden und gegebenenfalls eine Risikoversorgung in ausreichendem Umfang gebildet wird. Unsere Prüfungshandlungen umfassten die für die Bewertung der Kundenforderungen relevanten Bereiche und Prozesse.

In Folge haben wir uns von der Funktionsfähigkeit der Regelungen bzw. Prozesse durch Prüfung in Stichproben überzeugt. Hierbei stellen wir auf die eingereichten relevanten Kontrollen der Bank ab.

Des Weiteren haben wir analytische Prüfungshandlungen durchgeführt. Dabei wurde der Datenbestand der Bank in Hinblick auf vordefinierte Prüfkriterien ausgewertet. In diesem Zuge wurden neben den Ratingeinstufungen insbesondere die Höhe der ungesicherten Kreditteile und die Gesamtzusage berücksichtigt.

Hierauf aufbauend haben wir bewusst ausgewählte Kreditengagements hinsichtlich der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikoversorgung einer Einzelfallprüfung unterzogen.

Im Rahmen unserer Prüfungshandlungen haben wir ebenfalls untersucht, dass mit dem beschriebenen Kreditwachstum keine höheren Risiken einhergehen.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Bank zur Bilanzierung und Bewertung von Forderungen im Kreditgeschäft sind im Anhang im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthalten.

Im Lagebericht sind Ausführungen zu den Kreditstrukturen und Verfahren der Risikoerkennung enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Wertpapierdienstleistungs- und Depotprüfung nach § 89 WpHG
- Schulungsveranstaltungen für Aufsichtsräte und Bankmitarbeiter.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mark Maetje.

Bonn, den 07.05.2020

Verband der PSD Banken e.V.

Dr. Walter

Maetje

Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüfer

Dieser Jahresabschluss wurde aufgrund der derzeitigen besonderen Situation gemäß Art. 2 § 3 Abs. 3 COVmaßGes vom Aufsichtsrat am 24. Juni 2020 festgestellt. Der Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses erfolgte in der Generalversammlung am 03. Dezember 2020. Die Ergebnisverwendung wurde abweichend vom Ergebnisverwendungsvorschlag im Anhang beschlossen. Die beschlossene Ergebnisverwendung wurde gesondert im Bundesanzeiger offengelegt.

BaFin-Instituts-Nummer: 101999

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2019 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die PSD Bank Nord eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der PSD Bank Nord eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die PSD Bank Nord eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2019 35.031 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 165.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 11.115 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 2.871 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die PSD Bank Nord eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

A. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 der PSD Bank Nord eG

I. Grundlagen der Bank

Die PSD Bank Nord eG hat ihren Ursprung im 1872 gegründeten Post Spar und Darlehensverein. Die Hauptkunden der genossenschaftlichen Privatkundenbank sind vornehmlich Arbeitnehmer in den urbanen Regionen Norddeutschlands, die Leistungsschwerpunkte liegen auf der Finanzierung von privatem Wohnraum und der Vermögensbildung. Die Omnikanal Bank möchte mit ihrem kundenorientierten Produkt- und Serviceangebot in den Bedarfsfeldern Wohnen, Liquidität und Service, Sparen und Anlegen sowie Versichern und Vorsorgen einen wichtigen Beitrag zu einer guten finanziellen Situation ihrer Mitglieder und Kunden leisten. Hierbei arbeitet sie eng mit namenhaften Partnern der Genossenschaftlichen FinanzGruppe zusammen, darunter die Bausparkasse Schwäbisch Hall, Union Investment und die R+V Versicherungen.

Das Geschäftsgebiet der PSD Bank Nord eG konzentriert sich auf den Norddeutschen Raum. Vertriebliche Schwerpunkte bilden hierbei die sechs Standorte in Hamburg (Hauptsitz), Bremen, Schwerin, Lübeck, Oldenburg und Osnabrück. Insgesamt werden über 100.000 Kunden betreut. Davon sind über 67.000 als Mitglied an der Genossenschaftsbank beteiligt (Stand 31.12.2019).

Als eine von vierzehn selbständigen PSD Banken ist sie zudem Mitglied im Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken und somit der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen.

Organe der PSD Bank Nord eG sind der Aufsichtsrat und der Vorstand und die Generalversammlung.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Die Gesamtwirtschaft in Deutschland entwickelte sich nach vielen Jahren des Aufschwungs in 2019 verhalten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg nach (vorläufigen) Angaben des statistischen Bundesamts um 0,6 % nach 1,5 % im Vorjahr. Globale Einflussfaktoren wie ein schwächeres Wachstum der Weltwirtschaft, Handelskonflikte, politische Unruhen im Nahen Osten und die Unsicherheiten betreffend den Brexit belasteten die exportorientierten Branchen in Deutschland. Überwiegend inlandsorientierte Wirtschaftssektoren konnten sich weiterhin positiv entwickeln. Zum Jahresende zeigten erste Indikatoren, dass der Abwärtstrend im verarbeitenden Gewerbe abgestoppt werden konnte.

Die gute Binnenkonjunktur wurde 2019 gestützt durch die weiterhin positive Entwicklung der Beschäftigungslage und die Erwartung steigender Einkommen. Die Konsumnachfrage der Privaten wie auch die Nachfrage des Staates legten mit 1,6 % bzw. 2,3 % stärker zu als im Vorjahr. Bei positiver Einkommensentwicklung und anhaltend niedrigen Zinsen zeigte sich auch die Nachfrage in der Bauwirtschaft erneut sehr lebhaft. Das Wachstum der Wohnungsbauinvestitionen konnte noch einmal gesteigert werden, trotz spürbarer Knappheit bei Arbeitskräften, Bauland und Baumaterialien. Ein Ende des Booms in der Bauwirtschaft zeichnet sich derzeit nicht ab.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verlief positiv, verlor aber 2019 an Schwung. Die Arbeitslosenquote lag Ende 2019 mit 5,0 % um 0,2%-Punkte unter dem Vorjahr. Die Anzahl der Erwerbstätigen stieg 2019 um rd. 400.000 (nach 610.000 im Vorjahr) auf 45,3 Mio. Die Inflation blieb 2019 moderat und weiterhin deutlich unter dem von der Europäischen Zentralbank (EZB) anvisierten „nahe, aber unter 2 %“-Ziel. Im Jahresdurchschnitt lag die Inflationsrate bei 1,4 % (Vorjahr 1,8 %).

Die Finanzmärkte starteten nach einem schwachen Jahresabschluss 2018 mit Pessimismus in das Jahr 2019. Die Anzeichen für eine Abschwächung der Konjunktur wirkte auf die Märkte, wurde aber im Jahresverlauf durch die Notenbanken aufgefangen, die auf die Eintrübung mit expansiven Maßnahmen reagierten. Bereits im Frühjahr hatte sich die Erwartung eines Zinsanstiegs mit der Ankündigung eines neuen Refinanzierungsprogramms durch die EZB verflüchtigt. Im September reduzierte die EZB den Einlagezinssatz von -0,4 % auf -0,5 % und kündigte ein erneutes Anleihen Kaufprogramm ab November 2019 an. Die neue Präsidentin der EZB, Christine Lagarde, ließ zu ihrem Amtsantritt im November 2019 nicht erkennen, dass diese Zinspolitik verändert würde. In den USA reduzierte die Notenbank bei noch guten Wirtschaftsdaten im Jahresverlauf den Leitzins dreimal um je 0,25 %-Punkte auf ein Niveau von 1,75 % bis 2,0 % zum Jahresende 2019.

Vor diesem Hintergrund erlebten die Rentenmärkte 2019 einen starken Kursanstieg. Dabei sank die Rendite 10 jähriger Bundesanleihen von ihrem Höchststand von +0,26 % im Januar bis zum August auf einen neuen historischen Tiefstand von -0,72 %. Selbst 30jährige Anleihen notierten zeitweise mit negativen Renditen. Mit der Beruhigung der Handelskonflikte und der Brexit Ungewissheit im Herbst stiegen die Renditen wieder an, so dass die 10jährige Bundesanleihe zum Jahresende bei -0,19 % rentierte, immer noch im Minusbereich, aber deutlich über dem Tiefstand.

Am Aktienmarkt startete der deutsche Leitindex DAX nach dem schwachen Schlussquartal 2018 mit nur 10.559 Punkten in das Jahr 2019. Im Jahresverlauf gewann der Index bis zum Juli deutlich bis auf über 12.600 Punkte. Wieder einsetzende Befürchtungen eines wirtschaftlichen Abschwungs konnten über die nächsten Monate durch die expansive Notenbankpolitik eingedämmt werden. Auch verbesserten sich die Konjunkturindikatoren im Herbst, so dass der Aktienmarkt in Deutschland – wie auch weltweit – bei einem DAX Jahresendstand von 13.249 Punkten oder einem Jahresplus von 25 % ein erfreuliches Jahr erlebt hat.

II.2 Geschäftsverlauf der PSD Bank Nord eG

Die folgenden Kennzahlen stellen unsere bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren dar:

- Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme
- Cost Income Ratio (CIR) (Allgemeine Verwaltungsaufwendungen * 100 / (Zinsüberschuss + Provisionsüberschuss + Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen)
- Gesamtkapitalquote gem. CRR im Vergleich zur Mindestkapitalquote.

Im Lagebericht wird auf deren Entwicklung bei der Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Genossenschaft sowie im Rahmen des Prognoseberichts eingegangen.

Die Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr entsprach im Wesentlichen den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Die geplanten Ziele wurden überwiegend erreicht. Abweichungen zu den im Vorjahr getroffenen Prognosen ergaben sich beim Zinsüberschuss und beim Provisionsergebnis sowie bei den Sach- und Personalaufwendungen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt daher insgesamt leicht unter dem Plan, im Ergebnis nach Steuern wird der Planwert übertroffen. Zu Details vgl. Ausführungen im Abschnitt II.3.1

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung		
			+/-	TEUR	%
Bilanzsumme	2.094.061	2.052.399	+	41.662	2,0
Außerbilanzielle Geschäfte	241.221	280.833	-	39.612	14,1

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 2,0 % auf 2.094,1 Mio. EUR. Maßgeblich hierfür waren insbesondere das Wachstum der Kundenforderungen um 40,2 Mio. EUR und des Depot A Bestands in Spezialfonds.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich nahezu ausschließlich aus unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 86.140 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 155.000 TEUR zusammen setzen, liegen im Wesentlichen aufgrund von vorzeitigen Auflösungen von Zinsswaps unter Vorjahresniveau.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung		
			+/-	TEUR	%
Kundenforderungen	1.540.217	1.449.993	+	40.224	2,7
Wertpapiere	472.509	451.419	+	21.090	4,7
Forderungen an Kreditinstitute	56.379	78.038	-	21.659	27,8

Die Entwicklung des Aktivgeschäfts entsprach im Wesentlichen den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Die geplanten Absatzziele im Baufinanzierungsgeschäft wurden nicht vollumfänglich erreicht. In der Position Wertpapiere erhöhten sich die Immobilieninvestments mit rd. 75,2 Mio. EUR stärker als für 2019 geplant, während der Multi Asset Spezialfonds um 48,6 Mio. EUR reduziert wurde.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung		
			+/-	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	455.009	433.773	+	21.236	4,9
Spareinlagen von Kunden	853.957	873.329	-	19.372	2,2
andere Einlagen von Kunden	524.206	491.064	+	33.142	6,7

Die Entwicklung des Passivgeschäfts entsprach nur teilweise den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Während die Bank mit einem Rückgang der Spareinlagen von Retailkunden geplant hatte, erhöhten sich diese um 13,8 Mio. EUR oder 1,0 %. Der Abfluss bei den Spareinlagen wurde durch den Zufluss auf Giro- und Tagesgeldkonten überkompensiert. Der Anteil der Kundeneinlagen an der Bilanzsumme lag bei gesteigener Bilanzsumme mit 65,8 % leicht unter dem Vorjahr (66,5 %).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Zuge der Refinanzierungen für die gewachsenen Kundenforderungen erhöht.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung		
			+/-	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	1.426	1.417	+	9	0,6
andere Vermittlungserträge	725	666	+	59	8,9
Erträge aus Zahlungsverkehr	1.210	1.250	-	40	3,2

Die Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft konnten insgesamt leicht gesteigert werden.

Im Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäft blieb die Entwicklung hinter den Erwartungen zurück.

Die Vermittlungserträge resultieren im Wesentlichen aus Bausparverträgen und der aktiven Vermittlung von Baufinanzierungen, die im Geschäftsjahr 2019 ausgebaut wurde.

Investitionen

Im Mittelpunkt der Investitionen im Berichtsjahr standen Ausbau und Einrichtung unserer neuen Filiale in Schwerin entsprechend der Markenpositionierung der Bank. Die Filiale wurde im Juni 2019 eröffnet.

Die Gesamtinvestitionen dafür beliefen sich auf 490 TEUR.

Des Weiteren erhöhte die Bank ihr Investment in die Tochtergesellschaft PSD Nord Management- und Service Holding GmbH um 800 TEUR zur Finanzierung einer Beteiligung an der PropTech Innovations GmbH.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet.

II.3. Lage der PSD Bank Nord eG

II.3.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung		
			+/-	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	28.357	28.870	-	513	1,8
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	6.220	6.318	-	98	1,6
Provisionsüberschuss ²⁾	-307	62	-	369	595,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	-991	-618	-	373	60,4
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	11.357	10.991	+	366	3,3
b) andere Verwaltungsaufwendungen	10.599	10.939	-	340	3,1
Bewertungsergebnis ⁴⁾	340	375	-	35	9,3
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	11.115	12.574	-	1.459	11,6
Steueraufwand	2.981	4.790	-	1.809	37,8
Jahresüberschuss	2.787	2.731	+	56	2,1

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2.

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6.

³⁾ GuV-Posten 8 abzüglich GuV-Posten 12.

⁴⁾ GuV-Posten 13 – 16.

Im Berichtsjahr war ein Rückgang des Zinsüberschusses zu verzeichnen. Die Veränderung ist hauptsächlich begründet durch den Rückgang der Zinsspanne im Kundengeschäft in Folge des Negativzinsumfelds, in dem Zinsrückgänge im Einlagengeschäft nicht an die Privatkunden weitergegeben wurden, sowie durch die vorzeitige Auflösung von Zinsswaps. Die Laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, die in der GuV im Zinsüberschuss ausgewiesen werden, liegen 98 TEUR unter dem Vorjahreswert und damit rd. 1.500 TEUR unter dem Planwert, da die Ausschüttungen aus den Spezialfonds auf die ordentlichen Erträge begrenzt wurden.

Das sonstige betriebliche Ergebnis reduzierte sich um 373 TEUR bedingt durch höheren Zinsaufwand für die betriebliche Altersvorsorge sowie einmalig anfallende Kosten für die Ausrichtung des PSD Hallenmasters.

Die Veränderungen des Provisionsüberschusses sind bei wenig veränderten Erträgen im Wesentlichen zurückzuführen auf höhere Aufwendungen für an uns vermittelte Baufinanzierungen.

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 26 TEUR erhöht und bleiben damit 1.600 TEUR unter dem geplanten Aufwand.

Im Personalaufwand, der bei einem Anstieg um 366 TEUR um rd. 740 TEUR unter dem Plan blieb, wirkten sich insbesondere längere Vakanzen aus. Die anderen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich um 340 TEUR und liegen damit rd. 880 TEUR unter Plan. Wesentlich für den Rückgang waren geringere Marketingaufwendungen, da im Zuge der strategischen Neuausrichtung der Bank insbesondere konzeptionelle Aufträge verschoben wurden, sowie eine geringere Nutzung des zentralen Callcenters.

Das Bewertungsergebnis fiel aufgrund des Kursanstiegs an Renten und Aktienmärkten sowie einer Netto Auflösung der Wertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft positiv aus. Das gute Ergebnis wurde erneut genutzt, um Reserven für die ab 2021 anstehende Änderung der Berechnungslogik der handelsrechtlichen Pauschalwertberichtigungen zu bilden.

Die Cost-Income-Ratio – CIR (vg. Definition im Abschnitt II.2) – erhöhte sich bei geringeren Erträgen von 65,0 % auf 65,5 %.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit hat sich aufgrund des Rückgangs der Erträge bei leicht gestiegenem Verwaltungsaufwand im Vergleich zum Vorjahr um 1.459 TEUR reduziert. Damit liegt es 665 TEUR unter dem Plan. Im Vergleich zur durchschnittlichen Bilanzsumme sank das Ergebnis von 0,63 % auf 0,54 %.

Der Steueraufwand ist mit -1.809 TEUR überproportional gesunken, im Wesentlichen aufgrund einer Erstattung in Höhe von 405 TEUR aus dem Vorjahr.

Vom Bilanzgewinn werden zur Stärkung des harten Eigenkapitals 5.347 TEUR den Reserven gem. § 340g HGB zugeführt. Aus dem Jahresüberschuss von 2.786 TEUR werden 2.067 TEUR den Rücklagen zugewiesen.

Die Entwicklung der Ertragslage liegt insgesamt im Rahmen unserer Prognose.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen und bieten ausreichend Freiraum für das geplante Wachstum im Bankgeschäft.

Unsere Anlagen in Wertpapiere der Liquiditätsreserve und Bankengelder haben wir im Negativzinsumfeld weiter reduziert.

Neben den dargestellten liquiden Mitteln stehen uns kurzfristig verfügbare Kreditlinien bei unserer genossenschaftlichen Zentralbank (DZ BANK AG) zur Verfügung.

Der im Dezember 2017 bei der BaFin gestellte Antrag auf Ausweitung der Geschäftserlaubnis zum Betreiben des Pfandbriefgeschäfts befindet sich noch in der Bearbeitung durch die BaFin.

Den Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit konnte im Berichtsjahr stets nachgekommen werden. Bis zur Erstellung des Lageberichts liegen keine Anhaltspunkte für Umstände vor, die die Liquiditätslage der Bank nachteilig verändern könnten.

II.3.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung		
			+/-	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	36.040	36.627	-	587	1,6
Rücklagen	88.696	86.696	+	2.000	2,3

Wesentliche Veränderungen beim Eigenkapital ergaben sich durch Gewinnthesaurierung. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 83.511 TEUR.

Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme hat sich bei einem Anstieg der Bilanzsumme von 2,0 % von 9,91 % auf 10,04 % erhöht.

Die Kernkapitalquote, die bei der PSD Bank Nord der harten Kernkapitalquote entspricht, beläuft sich auf 16,4 % (Vorjahr 16,7 %). Sie blieb aufgrund der Thesaurierungen bei einem Wachstum im Kundenkreditgeschäft und bei den Wertpapieren gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße von 9,25 % wurde jederzeit erfüllt. Eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin vorrangiges Ziel der Geschäftspolitik.

Die Gesamtkapitalquote beläuft sich auf 18,5 % nach 19,2 % im Vorjahr. Der im Vergleich zur Kernkapitalquote stärkere Rückgang steht im Zusammenhang mit planmäßig abschmelzenden Anrechnungsbeträgen für das 2013 begebene Ergänzungskapital. Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße von 11,5 % wurde jederzeit erfüllt.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich unverändert auf 0,13 %. Unter Berücksichtigung der Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken würde sich eine Kapitalrendite von 0,39 % (Vorjahr 0,37 %) ergeben.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme beträgt 73,6 % (Vorjahr 73,1 %). Die PSD Bank Nord ist auf das Privatkundengeschäft ausgerichtet und betreibt kein Firmenkundengeschäft.

Im Kundenkreditgeschäft bestehen keine besonderen strukturellen Risiken und Risikokonzentrationen. Akute Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen abgeschirmt.

Die aufsichtsrechtlichen Kreditgrenzen sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung		
			+/-	TEUR	%
Anlagevermögen	185.653	107.675	+	77.978	72,4
Liquiditätsreserve	286.856	343.744	-	56.888	16,5

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 22,6 % (Vorjahr 22,0 %) an der Bilanzsumme. Hiervon entfällt ein Anteil von 2,6 %-Punkten auf Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere bzw. von 20 %-Punkten auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6). Im Anlagevermögen sind im Wesentlichen die Investitionen in Wohnimmobilien in Form von Fondsanteilen und Aktien enthalten, die die Bank im Rahmen ihrer Geschäftsstrategie als langfristige Vermögensanlage erwirbt. Im Geschäftsjahr 2019 hat sich der Bestand um 75,2 Mio. EUR auf 179,0 Mio. EUR erhöht. Strukturierte Finanzinstrumente haben wir nicht im Bestand.

Kurswertrisiken werden im Rahmen einer risikoorientierten Anlagepolitik nur in begrenztem Umfang zugelassen. Sie werden permanent im Rahmen der bankinternen Grundsätze überwacht.

Weitere wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Die Position Anteile an verbundenen Unternehmen hat sich im Geschäftsjahr im Zuge der Mehrheitsbeteiligung an der PropTech Innovations GmbH von 35 TEUR auf 835 TEUR erhöht.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv Passiv Steuerung) wurden Zinsderivate in einem Umfang von 155 Mio. EUR eingesetzt. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Die Geschäftsentwicklung der PSD Bank Nord eG verlief insgesamt günstig. Sie entsprach – mit Ausnahme der in II.2 und II.3 dargestellten Abweichungen – den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Die Ertragslage ermöglicht erneut eine Stärkung des Eigenkapitals um 7,4 Mio. EUR.

Die Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität wurden jederzeit eingehalten.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategien, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen und Plandaten sowie die Risikotragfähigkeit der Bank. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken. Wir legen die für uns wesentlichen Risiken fest und entwickeln entsprechende Risikostrategien.

Die Risikoquantifizierung erfolgt anhand des GuV-orientierten Risikotragfähigkeitskonzepts. Sämtliche Risiken werden auf einem Konfidenzniveau von 99 % mit einer Haltedauer von 250 Tagen berechnet.

Durch eine Eckwertplanung über einen Zeitraum von drei Jahren und mit Hilfe von Kennzahlen und Limitsystemen planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts.

Im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. Ad-hoc-Berichterstattung werden Vorstand und Aufsichtsrat informiert.

Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden durch die Interne Revision geprüft.

Unsere im Rahmen unserer GuV-orientierten Risikosteuerung ermittelten Risikodeckungspotenziale zum Bilanzstichtag betragen im Standard Szenario 67,0 Mio. EUR (davon angesetzte Limite 49,1 Mio. EUR) und im Stress Szenario 80,9 Mio. EUR (davon ansetzbare Risikobudgets 80,9 Mio. EUR). Demgegenüber standen aggregierte Gesamtbankrisiken im Standard Szenario von 31,5 Mio. EUR bzw. im schlechtesten einfachen Stresstest von 49,4 Mio. EUR, die sich wie folgt auf unsere wesentlichen Risikoarten verteilen: Marktpreisrisiken 24,4 Mio. EUR (davon Zinsänderungsrisiko 2,8 Mio. EUR, Fondspreisrisiko 3,0 Mio. EUR, Immobilienrisiko 18,2 Mio. EUR und Credit Spread Risiko 0,5 Mio. EUR), Adressenausfallrisiken 4,4 Mio. EUR (davon Forderungen an Kunden 1,0 Mio. EUR, Eigenanlagen 2,2 Mio. EUR, Beteiligungen 1,2 Mio.) sowie Operationelle Risiken 2,7 Mio. EUR.

Nachfolgend stellen wir unsere wesentlichen Risikokategorien dar:

III.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Das Zinsänderungsrisiko wird unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien vierteljährlich ermittelt. Ausgehend von unseren Zinsprognosen werden die Auswirkungen hiervon abweichender Zinsentwicklungen auf das Jahresergebnis ermittelt. Als Zinsszenarien verwenden wir die standardisierten Verschiebungen auf Basis der VR Zinsszenarien (steigende / fallende Zinsstrukturkurven bis max. +150 BP / -201 BP, flachere und steilere Zinsstrukturkurven).

Aufgrund des von uns eingegangenen Zinsänderungsrisikos ist ein Rückgang des Zinsbuchwertes nur bei steigenden Zinssätzen zu erwarten. Die Bank setzt bei ihrer Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene verschiedene Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv / Passiv Steuerung haben wir dazu Zinsswaps abgeschlossen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Fondspreisrisiken

Für Investmentfondsanteile von Spezial- und Publikumsfonds wird grundsätzlich ein ex ante VaR auf der Basis individueller Risikokennzahlen, die von den Fondsgesellschaften monatlich neben den Kurswerten mitgeteilt werden, angesetzt.

Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko wird auf Basis eines ex ante VaR ermittelt. Basis für den VaR ist eine historische Entwicklung über 60 Monate.

Wesentliche Währungsrisiken und Aktienkursrisiken sind außerhalb der Fonds nicht vorhanden.

Das Marktpreisrisiko bewegte sich im Geschäftsjahr innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems.

III.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Die Kreditrisiken im Kundengeschäft messen wir mittels des Kreditportfoliomodells Kundengeschäft aus dem Software-Modul VR-Control KRM. Mit Hilfe der internen Rating-Verfahren bestimmen wir die jeweilige Ausfallwahrscheinlichkeit. Als Exposuregröße verwenden wir das Netto-Blankovolumen bezogen auf das Risikovolumen. Der Risikoausweis erfolgt in der Risikotragfähigkeit mit dem Credit Value at Risk (CVaR = unerwarteter Verlust). Die Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäfts erfolgt auf der Basis von Limitierungen sowie Steuerungsvorgaben für das Neugeschäft. Unsere Auswertungen geben Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Größenklassen, Sicherheiten, Risikoklassen sowie Ratingmigrationen. Risikokonzentrationen sind nicht vorhanden. Risikovorwahrung wird auf Basis der handelsrechtlichen Vorschriften gebildet.

Eigenanlagen

Das Adressenausfallrisiko im Eigengeschäft beinhaltet Migrations- und Ausfallrisiken. Die Spreadrisiken werden im Marktpreisrisiko abgebildet. Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, eigene Analysen von Veröffentlichungen sowie Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück. Die Messung der Adressrisiken bei den Eigenanlagen erfolgt durch das Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte aus dem Software-Modul VR-Control KPM EG, in dem das zukünftige Verhalten definierter Risikoparameter auf Basis von Zufallszahlen in einer Monte-Carlo-Simulation abgebildet wird. Für unsere Eigenanlagen haben wir unter Berücksichtigung unserer Substanz- und Ertragskraft ein System risikobegrenzender Limite eingeführt. Dabei wird auch eine Volumensbegrenzung auf Geschäftspartnerebene durchgeführt.

Beteiligungsrisiken

In der Position Beteiligungen weist die Bank im Wesentlichen Verbundbeteiligungen aus. Zur Ermittlung der damit verbundenen Beteiligungsrisiken setzt die Bank ein eigenentwickeltes Rechenmodell ein, das sich an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben des Art. 155 Abs 2 CRR zur Eigenkapitalunterlegung und damit dem IRBA-Gewicht orientiert. Das Adressenausfallrisiko bewegte sich im Geschäftsjahr innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems.

Länderrisiken

Länderrisiken sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

III.4 Liquiditätsrisiken

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko aufgrund seiner Eigenart nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotential begrenzt und somit nicht in die klassische Risikotragfähigkeit integriert werden kann, haben wir diesbezüglich einen weiteren Prozess (Liquiditätstragfähigkeit) in die Risikosteuerungs- und Controllingprozesse aufgenommen.

Die Überwachung der Liquiditätstragfähigkeit bzw. die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt mit Hilfe entsprechender Liquiditätsablaufbilanzen (LAB), in welchen wir die szenariospezifischen Zahlungsmittelabflüsse den szenariospezifischen Zahlungsmittelzuflüssen an den jeweiligen Zahlungsmittelzeitpunkten gegenüberstellen. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem jeweilig definierten Liquiditätsdeckungspotential (LDP) für einen zuvor definierten Zeitraum (Liquiditätshorizont bzw. Überlebenshorizont) im jeweiligen betrachteten Szenario abgedeckt werden kann.

Weiter wird zur frühzeitigen Erkennung eines Liquiditätsengpasses die LCR-Kennziffer gemessen und gesteuert. Zum Bilanzstichtag belief sich die Kennziffer auf 181 %. Im Geschäftsjahr bewegte sie sich zwischen 131 % und 633 % und lag somit stets über dem geforderten Mindestwert von 100 %. Zusätzlich haben wir zur Überwachung ein Ampelsystem definiert.

Darüber hinaus wird die Liquidität durch Fälligkeitslisten überwacht.

Eine Liquiditätsmanagementfunktion wurde mit dem Ziel der Liquiditätssteuerung eingerichtet, um in Phasen eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses einschließlich eines Stressfalls die Zahlungsfähigkeit zu sichern und eine Unterschreitung der bankaufsichtlichen LCR-Mindestquote zu verhindern. Für den Fall eines Liquiditätsengpasses wurde ein Notfallplan festgelegt.

Im Hinblick auf unsere Refinanzierungsquellen verweisen wir auf Abschnitt II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage.

Das Refinanzierungskostenrisiko wurde im Rahmen der Risikoinventur als unwesentlich eingestuft.

III.5 Operationelle Risiken

Wesentliche identifizierte operationelle Risiken werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht.

Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Arbeitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale, Backup-Einrichtungen, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision. Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung erstellt.

Versicherbare Gefahrenpotenziale (z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken) haben wir durch branchenübliche Versicherungsverträge abgesichert.

Dem Rechtsrisiko begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare. Bei Rechtsstreitigkeiten nehmen wir juristische Hilfe in Anspruch.

Im Geschäftsjahr sind keine operationellen Risiken mit spürbarer Ertragsauswirkung eingetreten.

III.6 Gesamtbild der Risikolage

Zusammenfassend ist die Risikolage insgesamt als günstig einzustufen, da die Risikotragfähigkeit im Geschäftsjahr 2019 sowohl unter den von uns definierten Standard – als auch den festgelegten Stressszenarien – gegeben war.

Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2020 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank gegeben.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen haben wir im Jahr 2019 jederzeit eingehalten. Die zu ihrer Deckung vorhandenen Eigenmittel belaufen sich auf 225,9 Mio. EUR. Wir verweisen hierzu ergänzend auf unsere Ausführungen bei der Vermögenslage.

Nach dem Bilanzstichtag hat die Verbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 inzwischen zu weltweiten Auswirkungen geführt. Dazu zählen auch Auswirkungen auf die Finanzmärkte sowie Auswirkungen in unserem Geschäftsgebiet infolge von Produktionseinschränkungen und Kurzarbeit. Die Folgen sind derzeit noch nicht abschätzbar. Aktuell beobachten und analysieren wir Risikofaktoren bzw. -treiber auf eine etwaige Beeinflussung durch die Auswirkungen der Corona-Krise. Wir überprüfen derzeit unsere institutsindividuellen Risikoindikatoren und das Erfordernis neuer Stresstests. Möglichen operationellen Risiken insbesondere durch Ausfall wesentlicher Teile des alltäglichen Bankgeschäftes aufgrund Quarantäne mehrerer und/oder leitender Mitarbeiter/-innen begegnen wir zum Beispiel durch Bereitstellung von mobilen Arbeitsplätzen. Die weitere Entwicklung ist aktuell noch ungewiss und muss intensiv beobachtet werden.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die voraussichtliche Entwicklung der PSD Bank Nord eG für das nächste Geschäftsjahr 2020 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen und Planungsrechnungen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Zum Start in das neue Jahr deutete sich zunächst eine Belebung der Wirtschaftsaktivität an. Mit der Ausbreitung des Coronavirus dürfte die Wirtschaftsentwicklung spätestens ab März zunächst merklich gedämpfter verlaufen. Das Coronavirus setzt der deutschen Wirtschaft zu. Wie stark und wie lang ist gegenwärtig noch nicht belastbar anzuschätzen. Aufgrund der sehr dynamischen Entwicklung muss aber mit relevanten konjunkturellen Auswirkungen gerechnet werden. Die momentan hohe Verunsicherung über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich auch an heftigen Bewegungen auf den Finanzmärkten. Es ist derzeit unsicher, in welchem Maße die Ausbreitung des Coronavirus sich auf den Arbeitsmarkt auswirkt.

Das Sondergutachten des Sachverständigenrats vom 22.03.2020 geht von drei Szenarien aus. Im Basiszenario, dem ausgehend von der aktuellen Informationslage wahrscheinlichsten Szenario, ist von einer Normalisierung im Sommer und einem BIP-Wachstum von -2,8 % in 2020 und einer Aufholung von +3,7 % in 2021 auszugehen. Im alternativ möglichen sog. V-Szenario sinkt das BIP um -5,4 %, holt rasch auf und erreicht in 2021 ein Wachstum von +4,9 %. Versagt die schnelle Erholung folgt im (langen) U-Szenario einem Negativwachstum von -4,5 % in 2020 nur ein langsames Wachstum von +1 % in 2021. Vor diesem Hintergrund wird die bisherige Prognose der Bank nicht haltbar sein. Wir gehen im Basis-Szenario von der nachfolgend dargestellten Entwicklung aus.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf

Wir erwarten bei anhaltend niedrigen Zinsen einen geringeren Absatz im Kundenkreditgeschäft, der zu einem Bestandswachstum von rd. 2,9 % führt. Die Kundeneinlagen wedern sich ebenso wie der Bestand an Refinanzierung über Banken und Institutionelle wenig verändern. Dabei werden im Jahresverlauf, sofern die Zulassung für das Pfandbriefgeschäft durch die BaFin erteilt wird, auch erste Pfandbriefe emittieren.

Im Dienstleistungsgeschäft erwarten wir in Folge der Finanzmarkteinbrüche einen Rückgang im Fondsabsatz um rd. 20 %. Die zu zahlenden Vermittlungsprovisionen für das Kreditgeschäft werden sich in Folge des geringeren Absatzes ebenfalls deutlich reduzieren.

Wir planen, den Bestand an Wohnimmobilien in Spezialfonds der Bank im aktuell unsicheren Marktumfeld zunächst auf dem derzeitigen Niveau zu halten.

Voraussichtliche Lage

Wir rechnen auf der Grundlage anhaltend niedriger Zinsen mit einem Zinsüberschuss um rd. 10 % unter dem Jahresergebnis 2019. Das Zinsergebnis aus dem Kundengeschäft wird in Folge der Marktbedingungen im Einlagengeschäft deutlich sinken. Dieser Entwicklung begegnen wir im Kundengeschäft durch unseren Geschäftsfokus Wohnen, die weitere Ausrichtung im Anlagebereich auf Fondsprodukte sowie auch die Nutzung von geeigneten Preismodellen im Girokonten- und Einlagenbereich. Deweiteren werden laufende Erträge aus den strategischen Investments in Immobilien einen Teil dieses Rückgangs aus dem Kundengeschäft auffangen.

Das Provisionsergebnis soll sich trotz der Auswirkungen der Corona-Krise durch die Veränderungen im Einlagengeschäft und eine Reduzierung der Kreditvermittlungen verbessern.

Der Anstieg der Personalaufwendungen wird nach unseren Planungen im nächsten Geschäftsjahr mit insgesamt rd. 6,9 % über dem tariflich bedingten Zuwachs von 3,0 % liegen, da die in 2019 eingestellten Fachkräfte ganzjährig zu berücksichtigen sind. Bei den Sachaufwendungen rechnen wir mit einem erheblichen Anstieg in Folge der durch unsere neue strategische Ausrichtung sowie Veränderungen in Technik und Strukturen erforderlichen Projekte und Investitionen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis wird sich im Planungszeitraum leicht reduzieren.

Für das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft rechnen wir in Folge der Corona-Krise mit dem erwarteten Verlust auf erhöhtem Niveau. Bei unserem Wertpapierbestand gehen wir aufgrund der Zinsprognose und den im März 2020 aufgetretenen Einbrüchen an den Finanzmärkten von einem Abschreibungsbedarf von rd. 0,8 Mio. EUR aus.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit wird durch die oben dargestellten Entwicklungen um etwa zwei Drittel sinken.

Wir erwarten für das nächste Geschäftsjahr einen Anstieg der Cost Income Ratio (CIR) von 65,5% auf 76,5 %.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist aufgrund ausreichend zur Verfügung stehender Refinanzierungsmöglichkeiten trotz der geplanten Mittelabflüsse bei den Kundeneinlagen auch im nächsten Geschäftsjahr nicht zu rechnen.

Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine leichte Stärkung unserer Eigenmittel, die entsprechend dem angepassten Ergebnis um rd. 5 Mio. EUR unter dem Niveau der vergangenen Geschäftsjahre liegen wird.

Wir erwarten für das nächste Geschäftsjahr eine Gesamtkapitalquote von mindestens 17,3 %, sodass der aufsichtsrechtlich geforderte Mindestwert eingehalten wird.

Gesamtaussage

Wie bereits im Abschnitt Risikobericht – VI.7. Gesamtbild der Risikolage dargestellt, sind die Auswirkungen aus der Verbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 und die daraus folgende Corona-Krise derzeit noch nicht abschätzbar. Die Pandemie wird, bedingt durch geringeren Absatz im Kundengeschäft, Kreditausfälle und Wertpapierabschreibungen, im Geschäftsjahr 2020 zu einem deutlichen Ergebnisrückgang führen. Die weitere Entwicklung bleibt ungewiss und muss intensiv beobachtet werden. Wir sind in unserer Prognose vom Szenario des begrenzten Lockdowns mit Normalisierung über den Sommer 2020 ausgegangen. Die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Bank werden umso stärker sein, je länger die Pandemie anhält.

Insgesamt erwarten wir unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass sich Geschäftsverlauf und Lage der PSD Bank Nord eG weiter günstig, wenn auch mit einem deutlich geringeren Ergebnis in 2020 entwickeln werden. Die jederzeitige Einhaltung der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität werden gegeben sein.

Risiken

Wesentliche Risiken für die Ertragslage bestehen im kommenden Jahr insbesondere in einem längeren Anhalten der Corona-Krise (vgl. Abschnitt „Gesamtaussage“) mit einer deutlich schlechteren Konjunktorentwicklung als prognostiziert, die zu einer rückläufigen Geschäftsentwicklung führen könnte. Wesentliche Risiken bestehen auch in einer unerwarteten Entwicklung der Zinsstrukturkurve oder einem Preiseinbruch bei Immobilien, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zins- und Bewertungsergebnisses führen könnten. Des Weiteren würde eine anhaltende Instabilität im Immobilienmarkt die Fortführung unserer strategischen Investments erschweren und die damit verbundenen Ertragsersparungen für die Zukunft senken.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage bestehen im nächsten Geschäftsjahr bei einem günstigeren Verlauf der Corona-Krise und einer Entspannung an den Immobilienmärkten für private und institutionelle Investoren, wodurch die Nachfrage im Kundenkreditgeschäft, die Nutzung von Dienstleistungen rund um die Wohnimmobilie wie auch die Investitionsmöglichkeiten im Eigengeschäft steigen könnten.

V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Hamburg, 20.04.2020

PSD Bank Nord eG
Der Vorstand


André Thaller


Michael Briem-Chinnow

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und traf die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies beinhaltet auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers überwacht. Insbesondere beinhaltete die Überprüfung, dass keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen von Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, erbracht wurden. Bei zulässigen Nichtprüfungsleistungen lagen die erforderlichen Genehmigungen vor. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Der vorliegende Jahresabschluss 2019 mit Lagebericht wurde vom Verband der PSD Banken e.V. geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Generalversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 3 Absatz 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in seiner Sitzung am 24.06.2020 den Jahresabschluss zum 31.12.2019 festgestellt.



Jürgen Sauer



Jürgen Sauer (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Hamburg, 24.06.2020

Nachtrag zum Bericht des Aufsichtsrats vom 24.06.2020

Der Aufsichtsrat hat den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Jahresüberschusses zur Zahlung einer Dividende geprüft und empfiehlt der Generalversammlung die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.



Jürgen Sauer (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Hamburg, 03.12.2020

DIE STANDORTE DER PSD BANK NORD EG



Filiale Hamburg
Schloßstr. 10
22041 Hamburg

Filiale Bremen-City
Bahnhofstr. 1-2
28195 Bremen

Filiale Schwerin
Schloßstr. 37
19053 Schwerin

Filiale Lübeck
Mühlenstr. 30-32
23552 Lübeck

Beratungsbüro
Oldenburg
Heiligengeiststr. 9
26121 Oldenburg

Beratungsbüro
Osnabrück
Lortzingstr. 5
49074 Osnabrück

Impressum

Herausgeber: PSD Bank Nord eG, Schloßstr. 10, 22041 Hamburg. Telefon: 040 530 530 / E-Mail: info@psd-nord.de / Internet: psd-nord.de.

Grafik: mg design GmbH Druck: MOD Offsetdruck GmbH Bildnachweis: iStock, PSD Bank Nord eG

